

Richard Graf

Der Weg vom *Spoun* zur *w maxx*

Datiert auf Oktober 1988 entsteht die Nullnummer des *GréngeSpoun*, dessen Name Programm sein soll – wie es im ersten Editorial heißt. Anfangs von einer unbezahlten Kernredaktion – allesamt Mitglieder der linksgrünen GAP – in monatlicher Folge gestaltet, soll die Zeitung „fir eng ekologesch a sozial Alternativ“ etappenweise in den Wochenrhythmus überführt werden, mit dem klaren Ziel, die geltenden Bedingungen zum Erhalt der staatlichen Pressehilfe zu erfüllen. Die sieht neben dem wöchentlichen Erscheinen unter anderem auch die Verpflichtung von mindestens drei hauptamtlichen JournalistInnen vor. Ab 1989 erscheint die Zeitung alle zwei Wochen und es werden zwei Halbtagsposten geschaffen.

Anfang 1991 wird eine Kooperative gegründet, die die Herausgabe der Zeitschrift von der gleichnamigen *asbl* übernimmt. Ab dem 1. März erscheint der „Spoun“ wöchentlich. Zwischendurch wird allerdings das Pressehilfegesetz „großzügig“ reformiert: Statt drei sind jetzt fünf hauptamtliche JournalistInnen erforderlich. Das bedeutet zwar mehr Geld für die etablierte Presse, doch das inzwischen vollkommen autonome Projekt, dessen „Business“-Plan auf drei Gehältern beruht, muss jetzt fünf Leute einstellen und vorfinanzieren – was 1992 auch geschieht.

Doch dass die alternative Zeitung sich zu einem Wochenblatt mit dem charakteristischen, voll ausgestatteten Kulturkalender entwickelt, ist nicht nach dem Gusto der etablierten Konkurrenz. Die fünf MitarbeiterInnen werden nur wi-

derstrebend durch den Presserat als JournalistInnen anerkannt. Ausgerechnet der einzig studierten Journalistin wird der Status verweigert. Da somit nur noch vier JournalistInnen beschäftigt sind, lehnt der Staatsminister die Zahlung der Pressehilfe ab – dem Projekt droht das Aus. Die Zeitung klagt vor dem Streitsachen-Ausschuss des Staatsrats; dem damaligen Verwaltungsgericht und gewinnt den Rechtsstreit – allerdings erst nachdem ein

Wegen der für ein alternatives Medium typischen eingeschränkten Reichweite entwickelt sich das private Anzeigengeschäft zu keiner Zeit zu einem wirklich eigenen Standbein.

Einspruch des Präsidiums des Presserats abgeschmettert wurde. Die 1996 zwar rückwirkend, aber nicht in voller Höhe, erstattete Pressehilfe reicht nicht ganz aus, um die inzwischen angehäuften Schulden abzubauen. Erst 2009 (!) kann die letzte Schuldverschreibung ordnungsgemäß abbezahlt werden.

Der lange Atem hat sich gelohnt: Inzwischen sind neue, junge JournalistInnen zum Projekt gestoßen, die redaktionelle Vielfalt hat sich erweitert und mit der Gewährung der Pressehilfe ist auch die Abnabelung von den inzwischen wiedervereinten Grünen abgeschlossen. Nach überstandenen Bedrohungen seiner Existenz mischt der *GréngeSpoun* nun auch an der publizistischen Front kräftig mit: Es finden öffentliche Veranstaltungen zu

diversen Themen statt. Legendär sind die „Sträitkultur“-Gespräche, an denen auch schon mal ein Premierminister teilnimmt. Doch auch „Lifestyle“ und Kultur werden umfangreich behandelt: Bestand 1988 der Kulturkalender gerade mal aus zwei Seiten, so beansprucht er nun gut die Hälfte des Heftumfangs.

Im Jahre 2000 wird die neue Unabhängigkeit mit der Umbenennung in *w maxx* auch nach außen hin sichtbar. Ebenfalls in diesem Jahr beginnt eine weitere Aufbauphase: Ein neues Layout entsteht, die Technik wird modernisiert, der Kreis der freien MitarbeiterInnen vergrößert sich und das Internet-Abenteuer von *w maxx.lu* geht an den Start. Zahlreiche KollegInnen und PraktikantInnen nutzen ihre *w maxx*-Jahre als Sprungbrett für ihre journalistische Karriere in anderen Medien.

2007 erfolgt ein Formatwechsel, der die Nutzung der Zeitung handlicher macht. Die *w maxx* hat jetzt zwei Deckelseiten: Von vorne präsentiert sich der politische Teil. Dreht man das Heft um 180 Grad, wird die Rückseite zur Vorderseite und es eröffnet sich den LeserInnen der umfangreiche Agenda-Teil.

Trotz des schönen Erscheinungsbilds bleibt die finanzielle Basis der *w maxx* die ganze Zeit über ziemlich prekär. Wegen der für ein alternatives Medium typischen eingeschränkten Reichweite entwickelt

sich das private Anzeigengeschäft zu keiner Zeit zu einem wirklich eigenen Standbein. Zudem erhält das Blatt, das sich ständig kritisch mit der allgegenwärtigen Konsumwelt auseinandersetzt, keine Gefälligkeitsanzeigen aus Wirtschaftskreisen. Die so bewahrte Unabhängigkeit hat eben doch ihren Preis.

Dementsprechend lebt ein Projekt wie die *wöxx* in der Hauptsache von den staatlich gewährten Zuschüssen und dem, was die LeserInnen über Abos und Spenden beizutragen bereit sind. Die seit 1976 der Presse gewährte staatliche Unterstützung wurde Ende der 1990er Jahre strukturell umgewandelt. Durch die Aufhebung der Deckelung pro Medium hat sich der Ausgabenposten im Budget mit etwa 7,5 Millionen Euro seit 1996 zwar mehr als verdreifacht, doch gerade die weniger umfangreichen Wochenzeitungen profitieren davon nicht. Erhielt die *wöxx* noch 5,8 Prozent der 1996 ausbezahlten Pressehilfe, so waren es zuletzt nur mehr knapp über 3 Prozent.

Internet-Angebote und die inzwischen an jeder Straßenecke verfügbare „Gratis“-Presse stellen zudem die Bereitschaft der LeserInnen, für redaktionellen Inhalt zu zahlen, stark auf die Probe. Inzwischen wächst eine Generation heran, die es nicht mehr als normal empfindet, wenigstens eine Zeitung zu abonnieren oder regelmäßig am Kiosk zu erstehen. Die seit 2008 grassierende Wirtschaftskrise hat zudem auch in Luxemburg das ihre dazu beigetragen, dass das materielle Gedeihen der journalistisch ausgerichteten Printmedien in Gefahr gerät.

Die Sparmaßnahmen des „Zukunftspak“ – Kündigung von Abos der Verwaltungen und Stornierung der staatlichen Anzeigen – haben diesen Schrumpfungsprozess noch beschleunigt. Die *wöxx* wird sich wohl oder übel an die Erfahrungen aus ihren kargen Ursprüngen erinnern müssen. Bleibt nur zu hoffen, dass am Ende der Austeritätsspirale nicht doch die Presse-, und damit die Meinungsvielfalt, auf der Strecke bleibt. ♦

(Dies ist ein gekürzter und aktualisierter Beitrag, der erstmals in *ons stad* 107/2014 erschienen ist.)

„Alternativ“ – ein Begriff im Wandel der Zeit

In den späten 1980er Jahren bedeutete „alternativ zu sein“ vor allem, gegen den gesellschaftlichen Mainstream anzuschwimmen. Damit war aber nicht nur die Abkehr vom langweiligen, tristen CSV-Staat gemeint, sondern auch innerhalb des linken politischen Spektrums galt es, gegen einen gewissen Begriff von Wohlstand und Wachstum, der sich an rein materiellen Faktoren orientierte, anzukämpfen.

Die Verknüpfung der sozialen Frage mit der damals noch jungen und selbst bei einigen Linken kaum (an-)erkannten Umweltdiskussion, war ein Spagat, den nur eine kleine Minderheit wagte. Einiges an Übung hatte man schon aus der Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre, bei der es unter anderem darum ging, sich weder von den Militäristen aus Ost noch West vereinnahmen zu lassen.

Es wurden „dritte Wege“ beschritten, auch in Fragen des Wirtschaftens – wobei es wichtig war, den neoliberalen Durchmarsch, der damals ebenfalls seinen Anfang nahm, rechtzeitig zu erkennen. Als es keinen Ostblock mehr gab, war es die Alternative zur „pensée unique“, den anscheinend unverrückbaren wirtschaftlichen Gesetzen des Sparens, des Flexibilisierens, des Outsourcens etc. gegen die man angehen musste.

Und in Zeiten der ungehemmten Globalisierung heißt „alternativ sein“ auch die Rückgewinnung lokaler oder regionaler Autonomie, aber immer unter dem Vorbehalt, nicht in die heimattümelnde oder gar nationalistische Falle zu tapen.

Der Mainstream hat es wohl verstanden, die Elemente des Alternativseins, die ihn nicht ins Wanken bringen, zu übernehmen. Aber immer dann, wenn es heißt, ein bestimmtes Vorgehen sei „alternativlos“, muss es Menschen und Bewegungen geben, die genau diese nicht existierende Alternative aufzeigen. Alternative Medien sind dazu da, sie dabei – kritisch – zu begleiten.

R. G.

Sie sind gekommen, um zu schreiben. (© wöxx)

